

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 9. September 2015

1248. 2015/182

Postulat von Alan David Sangines (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 10.06.2015: Zusätzliche Aufnahme von 300 Flüchtlingen zum ordentlichen Kontingent

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Alan David Sangines (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1031/2015): Den Vorstoss haben wir vor drei Monaten eingereicht. Schon damals zeichnete sich ab, dass die Asylzahlen steigen und die Kantone Unterbringungsschwierigkeiten haben. In der Zwischenzeit hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) seine Prognose für das Jahr 2015 korrigiert, nun wird mit über 30 000 Asylsuchenden gerechnet. Da 2005 die Unterbringungskapazität auf 10 000 Gesuche pro Jahr reduziert wurde, haben wir jetzt Mühe, die abgebauten Unterkünfte wieder hochzufahren. Dies in einer Zeit, in der zwar über 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind, aber die Schweiz prozentual gesehen rückläufige Asylzahlen verzeichnet, wenn man ganz Europa betrachtet. $\frac{3}{4}$ der Flüchtlinge flüchten in Entwicklungsländer. Heute werden nur noch 3 % aller europäischen Asylgesuche in der Schweiz gestellt. Wir haben noch ein neues Phänomen in der Schweiz: Es kommen vor allem Menschen, die Schutz benötigen. Die Quote der Schutzbedürftigen liegt heute bei 70 %. Es flüchten vor allem Menschen zu uns, die die nächsten Jahre hier bleiben werden. Dadurch verändert sich auch der Auftrag von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Fokus liegt nicht mehr auf der Ausschaffung, sondern auf der Integration der Menschen, die nachweislich Schutz benötigen. Viele Gemeinden wehren sich, Menschen aufzunehmen. Die Proteste besorgter Bürger an Orten, an denen Unterkünfte eröffnet werden sollen, nehmen zu. Weil die Gemeinden Flüchtlinge nur zögerlich aufnehmen, bleiben viele in den Übergangszentren hängen. In Zentren, die nur für kurze Dauer und weniger Menschen vorgesehen sind. Es gibt jedoch auch Gemeinden, die mehr Flüchtlinge aufnehmen, als sie müssten. In einer Zeit, wo die Asylstrukturen an ihre Grenzen kommen, dürfen wir uns als grösste Stadt der Schweiz nicht zurücklehnen. Vor der Errichtung des Testzentrums wurden 300 Menschen mehr betreut, seither werden sie dem Kontingent angerechnet. Wir stellen deshalb die moderate Forderung, 300 Menschen mehr aufzunehmen, was zu einer Entspannung der Situation beitragen würde. Wir würden die Kosten, die ohne Testzentrum sowieso bestanden hätten, weiterhin haben. Je früher jemand integriert wird, desto besser kann man denjenigen in den Arbeitsmarkt eingliedern. Das passiert aber nicht, wenn Menschen zu lange in Zentren verharren, die nichts für die Integration leisten können.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Juni 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Die Forderung liegt nicht in der Kompetenz der Stadt. Die Horrormeldungen über Hunderte ertrunkene Menschen zeigen das Scheitern der europäischen Politik auf, die unerträglich ist. Es sind nicht die*

Ärmsten, die zu uns kommen. Eine Überfahrt kostet Tausende von Dollars. Die Völkerwanderung nach Westeuropa hat erst vor kurzem begonnen, als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete, alle Migranten würden vorbehaltlos aufgenommen. Das Ergebnis dieser Politik sieht man nun an den Grenzen von Europa. Deutschland bricht zudem EU-Recht und belohnt die illegale Einwanderung. Die Flüchtlingsströme sind sehr wohl steuerbar, in den Golfstaaten findet die Migration nicht statt. In der Schweiz wurde entschieden, dass jeder, der angeblich keinen Militär- oder Zivildienst leistet, automatisch aufgenommen wird, wenn er aus Eritrea zu uns kommt. Innerhalb weniger Jahre leben nun fast 30 000 Eritreer hier, wovon fast 90 % sozialhilfeabhängig sind. Die westeuropäische Politik bestimmt, wieviele Menschen zu uns drängen. Ein Zusammenbruch ist denkbar. Wir müssen aufhören, falsche Anreize zu setzen. Es darf nicht sein, dass eine Politik so etwas verursacht.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Weyermann (CVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Flüchtlingsströme nach Europa sind beängstigend und bewegen. Das Aufnehmen und Verteilen der Flüchtlinge ist grundsätzlich Sache des Bundes. Die Kontingentsysteme in den Kantonen und Gemeinden sind zu befürworten, damit alle ihren Teil an die Bewältigung beitragen können. Die Aufnahme durch die Nachbarländer der Herkunftsländer der Flüchtlinge ist beeindruckend, es kommt nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge überhaupt nach Westeuropa und trotzdem sind die Zahlen immens. Die Schweiz mit der humanitären Tradition ist in der Pflicht, ebenfalls zu helfen und Flüchtlinge aufzunehmen. Wir unterstützen im Grundsatz das Postulat, haben aber einen Textänderungsantrag. Auf der einen Seite möchten wir den Teil der ausserordentlichen Situationen streichen und im Moment auf zwei Jahre befristen. Es geht darum, nicht einfach auf unbestimmte Zeit über dem Kontingent Flüchtlinge aufzunehmen, sondern, dass der Bund das Kontingent erhöht, wenn der Bedarf da ist. Die zweite Textänderung betrifft die Zahl. 300 Personen ist ein Tropfen auf dem heissen Stein. Die Stadt hat die Kapazität, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Wir beantragen deshalb, die Zahl auf 1000 Personen zu erhöhen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist eine wohlgemeinte Symptombekämpfung, aber was immer wieder totgeschwiegen wird, ist eine Ursachenbekämpfung. Diese müsste vor Ort erfolgen. In Syrien ist ein Vakuum entstanden, wodurch sich der Islamische Staat (IS) ausbreiten konnte. Es kam dort nicht rechtzeitig zu einer humanitären Intervention, weil man keine Resolution vom UNO-Sicherheitsrat hatte. Dort liegt das ursächliche Versagen für die Situation, die wir heute haben. Es kann sein, dass durch die Ströme irgendwann ganz Westeuropa überfordert ist. Man muss sich deshalb fragen, wer ein Interesse daran hat, dass genau dies eintritt.

Marcel Bührig (Grüne): Wenn wir heute dem Postulat zustimmen, können wir sagen, dass Zürich hilft. Damit zeigt die Stadt, dass sie sich ihrer globalen Verantwortung bewusst ist und wir unseren Teil zur Milderung dieser Flüchtlingskrise lösen. Wir haben die Kapazitäten und die Möglichkeiten, diese Menschen aufzunehmen. Die jetzige Krise ist auch ein Zeichen davon, dass humanitäre Entwicklungshilfebeiträge im Budget der

Stadt weiterhin notwendig sind. Wir stehen wieder vor einer humanitären Krise ungeahnten Ausmasses, wir sollten die Menschen deshalb jetzt aufnehmen. Die Ursachenbekämpfung ist der SVP offensichtlich wichtig, dann können wir zusammen auch auf Bundesebene für mehr humanitäre Hilfe kämpfen.

Marco Denoth (SP): Die Bilder machen betroffen, weil ich mir immer die Frage stelle, was für diese Menschen Heimat bedeutet. Sie haben sich irgendwo ein Leben aufgebaut und müssen ihr Land aufgrund äusserer Umstände verlassen. Wir können lange über Lösungen diskutieren, im Moment ist aber Hilfe nötig. Es ist nicht glaubwürdig, dass wir als reiche Schweiz oder Stadt nicht Hilfe leisten können. Wer nicht hilft, hat in dem ganzen Drama eine Mitverantwortung.

Markus Baumann (GLP): In Anbetracht der Flüchtlingsströme kann Zürich wirklich nicht tatenlos zusehen. Als grösste Stadt der Schweiz müssen wir Verantwortung und eine Vorreiterrolle übernehmen. Die GLP ist klar der Meinung, dass wir sehr wohl zusätzlich zu unserem Kontingent Flüchtlinge aufnehmen können. Es handelt sich um einen Ausnahmezustand und da müssen wir unbürokratisch und solidarisch handeln. Es geht um die Aufnahme schutzbedürftiger Menschen. Ein Mensch kann nicht illegal oder legal sein, denn er ist grundsätzlich ein Mensch. Wir stimmen der Textänderung der CVP zu, auch der Erhöhung. Wir streben eine gesamtschweizerische Lösung an, alle Regionen sollen zusätzliche Asylunterkünfte schaffen und sich an der Verantwortung, die Zürich übernimmt, auch beteiligen.

Marianne Aubert (SP): Sein Heimatland verlässt niemand ohne Not. Vor 150 Jahren gab es solche Zustände auch in der Schweiz, das Land war bitterarm, es gab nicht genug zu Essen. Einige meiner Vorfahren sind auch ausgewandert, ein Teil kam bei der Überfahrt über das Meer ums Leben. Einige konnten sich etwas Neues aufbauen. Heute gehen die Flüchtlingsströme in die andere Richtung. Es liegt an uns, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt kleine Landgemeinden im Kanton, die Flüchtlinge aufnehmen. Da wird es doch in unserer grossen Stadt auch möglich sein, 300 Menschen aufzunehmen.

Rebekka Wyler (SP): Menschlichkeit und Grosszügigkeit hat nie einen schalen Nachgeschmack. Die Menschen flüchten aus Orten, die von Gewalt betroffen sind. Sie werden nicht primär hierhin gezogen, sondern von dort vertrieben, wo sie herkommen. Niemand geht freiwillig. Sicher muss man auch Ursachenbekämpfung leisten. Und wenn die Menschen hier sind, müssen sie auch integriert werden und arbeiten können, um nicht von der Sozialhilfe leben zu müssen.

Andreas Egli (FDP): Es ist keine Option, nichts zu machen. Es können nicht alle Flüchtlinge in der Schweiz aufgenommen werden, aber man kann auch nicht nichts tun. Wir haben derzeit kein Flüchtlingschaos, wir werden auch keines bekommen, wenn wir vernünftig und mit klarem Bewusstsein reagieren. Die Situation in Syrien ist in den grossmehrheitlichen Fällen keine Asylsituation, sondern das sind Kriegsflüchtlinge, die nach Beruhigung der Situation auch wieder zurückkehren könnten. Wenn der Bund beschliesst, einer grösseren Gruppe von Flüchtlingen vorübergehend Schutz in der Schweiz zu bieten, dann setzt dies ein gewisses Verständnis der Bevölkerung voraus.

Aber auch das Vertrauen der Bevölkerung, dass vorübergehend Schutz gewährt wird und gewährleistet ist, dass diese Flüchtlinge irgendwann wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Wenn man aber sieht, dass das Bundeszentrum, welches man in der Stadt eröffnete, vom Zürcher Stadtrat mit der Begründung promotet wurde, dass dies dem Kontingent der Asylsuchenden angerechnet wird, und man heute nichts mehr davon wissen will, untergräbt dies auch das Vertrauen in eine stringente Politik im Asyl- und Flüchtlingsbereich.

Roger Liebi (SVP): *Es wurde gesagt, dass die Entwicklungshilfe erhöht werden muss. Der Anteil an demokratischer Entwicklung in den betroffenen Ländern geht immer mehr zurück, trotz immer mehr Entwicklungshilfe. Sehr viel mehr Soldaten werden ausgebildet, insbesondere von den USA. Es sind so viele Leute in Ungarn, die dort gar kein Asylgesuch stellen, sondern direkt weiterfliehen. Es geht nicht unbedingt darum, dass sie geschützt sein müssen. Am 1. September fand eine Aussprache des Zürcher Stadtrats, der Zürcher Kantonsräte und Gemeinderatspräsidien statt. Stadtrat Raphael Golta sagte, man hätte nun zwei Bundesasylzentren und deshalb würden die Anrechnungen nicht mehr benötigt, weil der Platz dafür gar nicht vorhanden sei. Nun ist es so, dass der Kanton und die Stadt offensichtlich mit den Unterkünften an ihre Grenzen gestossen sind. Wie kann der Stadtrat ein solches Postulat annehmen, wenn schon fest steht, dass man an diese Grenzen gelangt ist? Und wie ist es möglich, dass man statt 300 nun 1000 Menschen unterbringen will?*

Kyriakos Papageorgiou (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: *Ich kann nicht verstehen, wie gewisse Leute in diesem Rat die humanitäre Tradition der Stadt mit Füßen treten. Ich beantrage, die Abstimmung unter Namensaufruf abzuhalten, damit man weiss, welche Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher die Tradition pflegen wollen.*

Andreas Kirstein (AL): *Ich war in der letzten Woche in Budapest und dort herrschte eine grosse Solidarität seitens der einheimischen Bevölkerung, aber auch der zahlreichen Besucherinnen und Besucher. Gleichzeitig versuchte eine faschistoide ungarische Regierung gezielt, diese Solidarität zu untergraben. Dies durch immer neue Anweisungen und Desinformationen. Zum Glück wird über das Schicksal dieser notleidenden Menschen und Flüchtlinge nicht in den Parlamenten entschieden, sondern schlussendlich durch die Solidarität der Bevölkerung, die auf Augenhöhe die Notleidenden von Mensch zu Mensch empfängt. Zum Textänderungsantrag der CVP: Es geht nicht darum, sich mit Zahlen zu übertrumpfen, sondern sich auf die notwendige, praktische Solidarität zu besinnen.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Es ist eine Herausforderung, aber am Ende des Tages eine Frage des Willens. Das Postulat mit der Begründung abzulehnen, man müsse die Ursachenbekämpfung verstärken, ist der falsche Weg. Die Situation lehrt uns, das Eine zu tun und das Andere auf keinen Fall ausser Acht zu lassen. Die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen, die sich zur Migration entschliessen, ist etwas, was wir alle miteinander pflegen müssen.*

Michael Baumer (FDP): Bei aller Betroffenheit haben die Bilder auch gezeigt, dass eine Koordination und ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage zentral sind. Innerhalb der Schweiz herrscht kein Chaos, sondern ein funktionierendes Asylsystem, das mit der herausfordernden Situation umgehen kann. Zürich kann und soll eine Vorbildfunktion übernehmen und macht das auch. Nicht zuletzt mit dem Bundesverfahrenszentrum. Das Postulat ist nicht umsetzbar, denn das Problem muss auf Bundesebene gelöst werden. Sollte der Bund mehr Kontingenzflüchtlinge aufnehmen, ist auch Zürich bereit, einen Anteil zu leisten. Es nützt nichts, einfach eine Forderung aufzustellen, eine gewisse Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, im Wissen darum, dass dies nichts an der europäischen Thematik ändert und auch nicht dazu führt, dass die Eidgenossenschaft gesamthaft eine grössere Anzahl Flüchtlinge aufnimmt. Deshalb werden wir das Postulat ablehnen.

Martin Luchsinger (GLP): Es bleibt eine Geste. Es geht um Menschen, man diskutiert aber immer über Bürokratie. Wir müssen anfangen zu handeln und schnell handeln. Wir sind für das Postulat und dafür, sich auf allen Ebenen und innerhalb unserer Organisationen und Verbände einzusetzen.

Stefan Urech (SVP): An der gesamteuropäischen Flüchtlingsmisere wird das Postulat nichts ändern. Nur vielleicht den Listenplatz bei der SP nach den Wahlen.

Isabel Garcia (GLP): Für die Flüchtlinge, die sich auf diesen schweren Weg begeben, ist es wichtig, Schutz und Obdach zu bekommen. Es muss sich also jemand finden, der Flüchtlinge aufnimmt. Wer das ist, ist egal. Hauptsache ist, diese Menschen finden einen Ort, wo sie hin können. Das nützt ihnen am meisten. Wir sollten doch das Wenige leisten, was wir hier in der Stadt leisten können, um einigen Menschen eine positive Entwicklung und eine Perspektive aufzeigen zu können.

Alan David Sangines (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: Es ist grotesk, uns vorzuwerfen, wir würden die Flüchtlingsthematik für Wahlzwecke missbrauchen. Wir haben uns schon immer für Flüchtlingshilfe eingesetzt und wollen auch jetzt konkret helfen. Platz zur Verfügung stellen für diese Menschen, die Grausames erlebt haben und jetzt in den Zentren festsitzen. Der Bund hat sich bereits dazu bereit erklärt, 3000 Kontingenzflüchtlinge mehr aufzunehmen. Wir haben noch mehr Flüchtlinge als nur die Syrer. Die Eritreer laufen in ihrem Land Gefahr, in einen unbegrenzten Militärdienst gehen zu müssen. Das sind keine Wirtschaftsflüchtlinge. Es ist keine staatsbürgerliche Pflicht, einen solchen Foltermilitärdienst wie in Eritrea zu überleben. Es hiess, es seien nicht die Ärmsten, die zu uns kommen. Das sind Menschen, die sich hoch verschulden, um fliehen zu können. Die ihre Organe verkaufen, um weiterzukommen. Ist Flucht ein Privileg für die Ärmsten? Das ist ein Menschenrecht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Wir können uns nicht vorstellen, wie es ist, sein Hab und Gut zurückzulassen und einen Weg zu beschreiten, von dem man nicht weiss, wo er hinführt. Ein grosser Teil dieser Menschen lebt in regionalen Flüchtlingslagern oder geht das Risiko ein, die Flucht nicht zu überleben. Zürich muss mehr tun und wir müssen

etwas machen, um die entsprechenden Regionen und Länder zu entlasten. Wir brauchen auch gemeinsame europäische Lösungen. Zürich bietet jetzt schon Unterstützung, um Asylsuchende aufzunehmen und zu versorgen. Damit nehmen wir unsere kommunale Aufgabe im Rahmen der kantonalen und eidgenössischen Gesetze wahr. Es ist eine Investition in die Zukunft, die Menschen möglichst frühzeitig und gut zu integrieren. Wir unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement und versuchen, dieses auszubauen. Die Stadt hat mitgeholfen, das anspruchsvolle Projekt des Testbetriebs zu tragen. Den Wohnraum haben wir im Moment wirklich nicht. Im Moment sind aber auch die Flüchtlinge nicht hier. Wenn die Menschen da sind, werden wir auch für Unterkunft sorgen. Falls die Stadt aber kurzfristig 300 oder 1000 Flüchtlinge aufnehmen muss, sind dies keine sehr komfortablen Bedingungen, das werden Zivilschutzanlagen sein. Es wären also sicher nicht bessere Unterkünfte als in den Durchgangszentren. Wir müssen uns darum bemühen, dass die Schweiz gesamthaft mehr Menschen unter humanitären Aspekten aufnimmt. Das wäre der Auftrag, den wir mit dem Postulat entgegennehmen. Jeder Mensch, den wir aufnehmen können, ist besser als nichts und besser, als in der Verzweiflung zu verharren.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich ~~in ausserordentlichen Situationen wie der derzeitigen~~ ~~befristet~~ für 2 Jahre zusätzlich zum ordentlichen Kontingent ~~300-1000~~ weitere Flüchtlinge aufnehmen kann, ohne dass dadurch andere Gemeinden weniger Flüchtlinge aufnehmen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Kyriakos Papageorgiou (SP) mit 111 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
002	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN

119	Bourgeois	Marc	FDP	--
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
016	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
034	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
003	Küng	Peter	SP	JA

071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	NEIN
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
030	Näf	Ursula	SP	JA
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	--
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
154	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
165	Schlieper	Marc	FDP	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN

156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
170	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
045	Steiner	Jonas	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	--
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	--
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
001	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Das geänderte Postulat wird mit 80 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat